

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landwirtschafterzeitung und „Illustriertes Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenspreis: Die Spaltenweise Preitsseite ober deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Rechtsseite 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— Mk. das Zahlen, zusätzlich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags über.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 97

Donnerstag, den 18. August 1932

34. Jahrg.

## Export stärkt den Binnenmarkt

Das Schlagwort von der Bedeutung des Binnenmarktes beherrscht in letzter Zeit bestimmend jede handelspolitische Debatte. In Zeitungen aller Schattierungen, in den Reden der Politiker und Wirtschaftler, auf Tagungen und in Rundbüchsen, immer wieder hört man in mehr oder minder abgemandelter Form den Satz: Nur durch die Wiedererschließung und sorgfältige Pflege des Binnenmarktes kann langfristig aber sicher eine durchgreifende Genüsung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden.

Gewiß, die Wiederaufichtung des deutschen Binnenmarktes ist ein erstrebenswertes Ziel, Industrie und Landwirtschaft sind sich in ihm einzig, und die gegenwärtigen Leiter der deutschen Handelspolitik können immer wieder, daß sie alles tun werden, um es zu erreichen.

Aber schon die nächste Frage: Wie ist die Wiederherstellung des Binnenmarktes zu erreichen? bildet den Anlaß zu mancherlei Streitigkeiten und hat eine Reihe von tiefen Begründungen entzünden lassen, die zu überbrücken nicht zu schwingen sein dürften, würde man frei von utopischen Ideen und einseitigen Interessen an die Lösung dieser Frage herangehen. Denn mit der praktischen Anwendung des schönen Wortes „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ ist es in diesem Falle nicht getan, man muß sich ihnen auf den einen Weg einigen, der für beide, Industrie und Landwirtschaft, gangbar ist. Er dürfte nicht schwer zu finden sein, die von dienstfertigen und vermeintlichen Handelspolitikern angepöbelten Schwierigkeiten sind in Wirklichkeit meist vorhanden. Wie immer liegt er in der Mitte. Allerdings muß der gute Wille zur Verständigung vorhanden sein. Wenn auf beiden Seiten etwas nachgegeben wird, kann und muß das Ziel erreicht werden.

Wesentlich für die Wiederaufichtung des Binnenmarktes ist die Sanierung der Landwirtschaft. Sie leidet seit langem an einer schweren Schuldenlast und unzulänglicher Preise (siehe ihre Produktion schon vor Jahren unrentabel werden). Die unter der Regierung Brüning durchgeführten Zollerhöhungen und anderen politischen Maßnahmen sind nur zum geringen Teil wirksam geworden und haben einer weiteren Verschlechterung der landwirtschaftlichen Lage nicht Einhalt gebieten können. Seit langem muß die Landwirtschaft nach neuen Zollerhöhungen und nach Einfuhrkontingenzen, die ihre Produktion wieder einigermaßen rentabel gestalten sollen.

Aber mit Zollerhöhungen und Kontingenzen ist es allein nicht getan, es kommt noch ein anderer, sehr wesentlicher Faktor hinzu, der meistens übersehen wird; die Kaufkraft der Industriebewohner. Was helfen alle Zollerhöhungen und Kontingenzen, wenn die deutsche Bevölkerung nicht in der Lage ist, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einer Preise zu kaufen, der der Landwirtschaft auch nur den bescheidensten Nutzen stiftet? Die preissteigende und preisrückgängige Wirkung der Zollerhöhungen und Kontingenzen erreicht, was auch in den letzten Jahren zunehmende Annäherung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion an die Selbstversorgung nicht unwesentlich beigetragen hat. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Es nützen ja auch in Wirklichkeit der Landwirtschaft die höchsten Preise nicht, wenn die Mehrheit des Volkes nicht mehr in der Lage ist, sie zu bezahlen.

Diese Entwidlung schafft für die deutsche Handelspolitik eine neue Situation, die zu einer starken Verdrängung in der Anwendung der von landwirtschaftlicher Seite geforderten handelspolitischen Maßnahmen zwingt. Die deulmstrittene Wollensregelung und die überragende Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden haben gezeigt, welche nachteiligen Folgen diese Maßnahmen für den deutschen Export gehabt haben. Wie in einem Kreislauf wirken sie letzten Endes wieder auf die Landwirtschaft zurück, da Einfuhr und Ausfuhr weitgehend gegenseitig bedingt sind. Es ist ein natürlicher Vorgang, daß Einfuhrbeschränkungen den ausländischen Importeuren verdrängen und ihn veranlassen, seine Waren in Zukunft aus einem Lande zu beziehen, das auf keine Handelsinteressen mehr Rücksicht nimmt. Exportrückgang aber bedeutet neue Arbeitslosigkeit, neue Schumpfung des Binnenmarktes, neuer Absatzrückgang der Landwirtschaft. Diese Zahlen mahnen eindringlich zu einer ausgeglichenden Handelspolitik, die es versteht, ohne einseitige Bevorzugung einer einzelnen Produktionsgruppe, die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie auf einander abzumitteln und beide in erziehrlicher Zusammenarbeit dem Binnenmarkt dienlich zu machen.

## Weitere Exportminderung

Rückgang des Ausfuhrüberschusses auf 66 Millionen RM. Berlin, 17. August.  
Nach dem Ausweis über den deutschen Außenhandel im Juli ist der Ausfuhrüberschuß von 79 Millionen RM auf 66 Millionen RM zurückgegangen.

Am Vormorgen betrug der Ueberfluß einschließlich der Reparationsleistungen 90 Millionen RM. Diese kommen aber jetzt nach Abschluß des Gulianer Vertrages nicht mehr in Frage. Die Einfuhr stieg von 364 Millionen RM auf 366 Millionen RM. Einer Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen um 3 Millionen RM und von Lebensmitteln um etwa 2 Millionen RM steht ein Rückgang der Fertigwareneinfuhr um 1,5 Millionen RM gegenüber. Der Menge nach hat aber auch die Fertigwareneinfuhr leicht zugenommen. Die Ausfuhr verminderte sich um 22 Millionen von 454 auf 432 Millionen RM. Der Rückgang entfällt im wesentlichen auf den Warenabfuß nach der UdSSR. Der starken Schwankungen unterliegt. Im übrigen steht einer Zunahme der Ausfuhr nach Großbritannien ein Rückgang im gleichen Umfang bei der Ausfuhr nach Frankreich gegenüber. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt allein auf die Fertigwarenausfuhr. Einen wesentlichen Ueberabfuß haben erlitten nicht elektrische Maschinen, davon insbesondere Werkzeugmaschinen, sowie Eisenabfälle.

## Warum Hitler ablehnte

Eine nationalsozialistische Parteierklärung über das Scheitern der Berliner Verhandlungen.

München, 18. August.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht unter der Ueberschrift „Hitlers Nein!“ grundsätzliche Betrachtungen, in denen es heißt: „Hitlers Ablehnung der Bizetankerklärung unter der Herrschaft von Papens war eine Tat! Der durchgeführte Verlust, die NSDAP durch einen wohlüberlegten Schritt, durch eine Bekämpfung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit gegen willkürlichen und feindlichen Einfluß des Führers reiflos gescheitert. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die Aermster der Armen auf schwerste belastende und für die NSDAP untragbare Notverordnung, kann niemals die Politik der NSDAP sein.“

Eine Regierung, in der die NSDAP nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können.

Wir wollen keine Politik der Jagdhaftigkeit und halben Maßnahmen, wir wollen eine Politik der Klugheit und Tat, die heute allein das deutsche Volk retten kann! Eine solche nationalsozialistische Politik aber, die aufdringt mit dem ganzen verurteilten Blunder des bisherigen Systems und eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nimmt, kann nicht von Leuten geführt werden, die die Zeichen der Zeit auch heute noch nicht verstanden haben, sondern nur von Nationalsozialisten. Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden und dem nunmehr auch die Semesterversammlung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert.

Von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung ist seitens der NSDAP nicht die Rede gewesen. Aber was über allem politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zugebilligt, wird der NSDAP unter den fabelhaftesten Begründungen vorenthalten. Darauf konnte es für den Führer der NSDAP nur eine Antwort geben, und zwar: „Nein!“

## Reichsregierung und NSDAP

Stellungnahme zum Scheitern der Verhandlungen.

Berlin, 16. August.

Das Verhalten der Reichsregierung wird nochmals von zuständiger Stelle darüber unterrichtet, daß es zu keiner Herannahung der Nationalsozialisten in die Regierung gekommen ist, obwohl doch gerade die jetzige Reichsregierung es gewesen ist, die den Nationalsozialisten den Weg in jeder Beziehung frei gemacht habe.

Die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen trifft jedenfalls keineswegs den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung.

Es ist kein Zweifel daran, daß Adolf Hitler in seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten die Stellung beanprucht habe, die sich Mussolini nach dem Marsch auf Rom errungen habe.

Was die Tolerierungszulicherungen der Nationalsozialisten gegenüber der jetzigen Reichsregierung anbetrifft, so seien solche Zulicherungen nicht nur von Hitler selbst, sondern auch von anderen maßgebenden Führern der Nationalsozialisten in ganz einseitiger Weise abgegeben worden.

Die Herren hätten verprochen, die vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Regierung zu tolerieren. Zeitlich seien diese Zulicherungen niemals begrenzt worden.

Das Gerücht, die Reichsregierung beabsichtige nicht, den Reichstag einzuberufen, wird von zuständiger Stelle demutet. Es wird erklärt, es bestche kein Zweifel darüber, daß die Reichsregierung vor den Reichstag treten werde.

## Erklärung der NSDAP

München, 17. August.

Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: „Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Verprechen abzugeben, die Re-

gierung von Papen nach den Wünschen zu tolerieren, und nur dieses Verprechen nicht gehalten ist, umwar. Ebenso unwahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Uebergabe der gesamten Reichsregierung in vollem Umfange gefordert.“

## „Sib nicht nach! Bleibe hart!“

Hitler über die Regierungsverhandlungen.

München, 17. August

Adolf Hitler gewährte einem Vertreter der „Abendzeitung“ eine Unterredung, in der er sich zu einigen die Berliner Regierungsverhandlungen betreffenden Fragen äußerte. Er erklärte, er betrachte die Heranziehung des Reichspräsidenten in den Gang einer Regierungsbildung als eine Umwälzung der Verantwortlichkeit von den Schultern des Reichskanzlers auf die Schultern des Reichspräsidenten. Im übrigen sei er nicht auf seinen Wunsch nach Berlin gekommen, sondern gerufen worden.

Er habe erklärt, daß in seinen Augen die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsbildung selbstverständlich der Reichskanzler von Papen zu tragen habe, daß infolgedessen ein Besuch bei Hindenburg für ihn nicht in Frage kommen könne und daß er nur dann bereit sei, dem Reichspräsidenten einen Besuch abzustatten, wenn dieser noch seinen einwilligen Beistand geist habe, sondern zunächst nur die verschiedenen Auffassungen kennenlernen möge. Es lie dies aber, wie sich herausstellen sollte, nicht der Fall gewesen. Der Besuch des Reichspräsidenten habe bereits vorgelegen. Der Reichspräsident selbst erklärte dann ebenfalls, daß sein Einfluß bereits festliehe.

Auf eine Frage des Pressevertreters erklärte Hitler weiter: Es ist richtig, daß ich darauf verzichtet habe, dem Reichspräsidenten gegenüber meinen Standpunkt zu vertreten. Doch bin ich keineswegs bereit, mich zu dem Besuch beim Reichspräsidenten zu bewegen, sowie die an sich schon feststehende Entscheidung des Reichspräsidenten keine Veranlassung geben konnte, mich noch einmal der Argumente zu bedienen, die ich dem verantwortlichen politischen bereits vorgebracht hatte. Auf eine weitere Frage des Pressevertreters erklärte Hitler, daß er und seine Bewegung weiterkämpfen würden. Die Regierungstätigkeit der heutigen Reichsregierung werde seiner Ueberzeugung nach zum Chaos führen. Auf die Frage des Pressevertreters, ob es richtig sei, daß Hitler die schärfste Opposition der NSDAP gegen die Regierung Papen angekündigt habe, erwiderte Hitler:

Die nationalsozialistische Bewegung trete gegenüber der heutigen Reichsregierung in Opposition. Die Schärfe dieser Opposition werde bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entstehen würde.

Auf die Frage, ob Hitler nicht glaube, daß es besser gewesen wäre für die NSDAP, den Spatz in der Hand zu haben, statt die Taube auf dem Dach, erwiderte Hitler: Nein. Ich werde niemals für ein Einlenken in die Richtung des Reichspräsidenten Grundfährigen Dingen nehmen ich lieber jeden Kampf und jede Verfolgung auf, als daß ich mir oder der Bewegung jemals antreu würde.

Der Berichterstatter fragte weiter, wie Hitler glaube, daß seine Entscheidung bei den Mitgliedern der NSDAP aufgenommen wird. In der Antwort Hitlers heißt es: Die Mitglieder der Partei wissen, daß ich niemals untragliche Kompromisse für die Bewegung schließen würde. Sie wissen, daß ich jederzeit bereit bin, wenn nötig, mein Leben für die Bewegung einzusetzen. Als ich dann nachts von Berlin wegfuhr, fand eine große Menschenmenge um meinen Wagen und schrie mir zu: „Sich nach! Bleibe hart!“

Der Berichterstatter fragte dann weiter, wie groß die Zahl der Terrorakte gegenüber den nationalsozialistischen Parteigenossen sei. Hitler antwortete: Die Zahl der Terrorakte der marxistischen Parteien ge en unsere Bewegung geht nunmehr in die Zehntausende.

Die Zahl der Toden beträgt über 300, die Zahl der Verletzten betrug im vergangenen Jahre über 6000, in diesem Jahre aber in 7% Monaten bereits über 8200.

Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwaen lassen durch die dumme Phrasen von Ruhe und Ordnung. Durch dieses erbärmliche bürgerliche Geschwätz ist nicht einer meiner toten Kameraden lebendig geworden, nicht ein Krüppel wurde wieder gesund, nicht einem Verletzten wird dadurch geholfen. Die nationalsozialistische Bewegung hat legal bis auf das äußerste gekämpft.

Das Abschlagen oder nimmt bald ein Ende. Ich selbst werde mich gegungen sehen, den Parteigenossen ein Nachwehrecht zu befehlen, das die roten Tische-Methoden aber dann wirklich bilschnell befeitigen wird.

Auf die Frage, wie er sich den weiteren Weg seiner Partei denke, antwortet Hitler: Die Partei kämpft um die Macht. Ihr Weg wird bestimmt durch die Methoden des Kampfes der Gegner.

**Urkauf für die SA**

Der Chef des Stabes der SA, Köhm, erläßt einen Auftrag an die SA- und SS-Mannschaften, worin es u. a. heißt: Der Führer hat am 13. August ein Verbot erlassen, sich dem Führer entgegen zu stellen. Die SA und SS sind verpflichtet, diesem Verbot zu gehorchen. Jeder Kampf und jeder Widerstand ist verboten. Die SA und SS sind verpflichtet, die Befehle des Führers zu befolgen. Die SA und SS sind verpflichtet, die Befehle des Führers zu befolgen. Die SA und SS sind verpflichtet, die Befehle des Führers zu befolgen.

**Steuerdruck auch im Saargebiet**

Einkommensteuer um 20 v. H. erhöht, Vermögenssteuer um 10 v. H.

Saarbrücken, 17. August.

Im Amtsblatt vom 15. August gibt die Regierungskommission die neue Steuerordnung bekannt. Der Entwurf ist nicht nur dem Bundesrat, der gewählten Vertretung der Saarbevölkerung, sondern auch von allen Bevölkerungsklassen Wirtschaftlicher und Landesvereinigungen unter Befugnis Protokollen abgefragt worden war.

Die neuen Steuern stellen eine ungeheure Belastung der saarländischen Wirtschaft und jedes einzelnen Saarbewohners dar. Über 54 Millionen Franken werden auf diese Weise der Regierungsschatze zugeführt. So erhöht u. a. die Einkommensteuer eine Erhöhung um 20 v. H. durch die Herabsetzung des Steuerfreibetrages und durch einen Zuschlag. Auch die Vermögenssteuer wird um 10 v. H. erhöht, während Zucker und Salz mit einer Sonderabgabe belastet sind, die über 6 Millionen Franken ergeben soll. Erhöht wurden ferner die Umsatz-, die Erbschafts- und die Schenkungssteuer.

**Ein Staat ohne Verfassung**

Der Vatikan als unumchränkte Monarchie.

Rom, 17. August.

Angesichts der gegenwärtigen Erörterungen über Verfassungsänderungen und über Diktaturen ist es interessant, festzustellen, daß der jüngste Staat, der das Licht der Welt erblickt hat, nämlich der Kirchenstaat, eigentlich ein Staat ohne Verfassung ist.

Durch den Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien vom 11. Februar 1929, dem Lateranvertrag, wurde der Kirchenstaat unter dem Namen „Stato del Vaticano“ wieder errichtet. Die Grundgesetze des Staates erließ der Papst am 7. Juni 1929. Nach ihnen ist der Staat eine unumchränkte Monarchie, da alle Rechte dem Papste als Souverän des Staates zugehören. Die Gesetzgebung über bestimmte Angelegenheiten sowie die Vollziehung überträgt er dem von ihm ernannten und abzulösenden und nur ihm verantwortlichen Gouverneur. Der oberste Organ der Kirche ist der Papst, der Generalkonvent des Staates. Er wird vom Papst ernannt und abgelöst und ist unantastbar und ausschließlich ihm verantwortlich. Er ist verpflichtet, Gutachten abzugeben, so oft es durch das Gesetz bestimmt ist, oder wenn es vom Papste oder Gouverneur verlangt wird.

**Chamberlains Bombenerfolg**

88,6 v. H. der englischen Kriegsanleihe konvertiert.

London, 17. August.

Der englischen Schatzamt wird mitgeteilt, daß von insgesamt 2080 Millionen Pfund an ausstehender Staatsanleihe Kriegsanleihe bis zum 31. Juli 1930 1850 Millionen Pfund (88,6 v. H.) in 3-Prozentige Anleihe konvertiert worden sind. Für Kriegsanleihe (2,3 v. H.) im Gesamtbetrag von lediglich 48 Millionen Pfund (2,3 v. H.) ist im Veranlassung bis zum 1. Dezember d. J. nachgelegt worden, für die übrigen 91,7 v. H. waren bis zum 31. Juli noch keine Konvertierungsgelände eingelaufen. Da seit dem 31. Juli noch weitere Konvertierungen durchgeführt wurden und außerdem noch vergrößerte Guthaben aus dem Ausland ausbleiben, wird mit einem Gesamterfolg der Konvertierung von über 90 v. H. gerechnet. Die jährliche Ertragskraft für den englischen Staat belief sich auf rund 22 Millionen Pfund.

Die englische Presse betont den übermäßigen und un-

erwarteten Erfolg der Konvertierungsmaßnahmen Neville Chamberlains, der selbst die Finanzierungsverantwortung der Londoner City überträgt. Der englische Schatzkanzler hat von Ottawa eine Erklärung über den Erfolg der Konvertierung abgegeben, in der es u. a. heißt: Das Ergebnis übertrifft alle Erwartungen. Es zeigt sich mehr als genug das Vertrauen in den englischen Menschenverstand und die Vaterlandsliebe des englischen Volkes. Ein weiterer Schritt zur Neubehaltung des inneren Gleichgewichtes und der Wohlfahrt ist getan, und ein derartiger Erfolg wird die ganze Welt ermutigen.

**Kriegsschulden müssen bezahlt werden**

Washington, 17. August.

Nach einer Erklärung, die von hohen Beamten des Schatzamtes abgegeben wurde, erwartet die Regierung der Vereinigten Staaten die Zahlung der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldentitel. Die Regierung, die heißt es weiter, sei davon überzeugt, daß fast alle Schuldnerländer die nächste Jahreszahlung werden leisten können. Etwaige trotzdem eingehende Anträge auf Zahlungsvereinerungen sollen individuell geprüft werden. Wie in dieser Erklärung weiter gesagt wird, will sich die amerikanische Regierung keinesfalls halten, falls irgendein Schuldner seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.

**Hebung der „Niobe“ am Mittwochmorgen?**

Kiel, 17. August.

Die Lage an der neuen Baggerstelle der „Niobe“ in der Heilendamer Bucht ist etwa folgende: Der Bergungsdampfer „Simon“ liegt verankert an der Offize des Bahnhofs. Hinter ihm liegt der Hebungsschiff „Hien“, von dem aus die Stahlfässer ins Wasser hinunter zum „Niobe“-Wrack gehen. Das hat noch immer beträchtliche Schlagseite nach Steuerbord. An beiden Seiten des Hebeleiters „Hien“ haben die Baggerleiter „Wilke“ und „Kraft“ festgemacht. Nach der Befestigung der Hebestroßen an den beiden Bergen wird „Hien“ seinen bisherigen Platz verlassen, um den Raum für die zu hebende „Niobe“ freizugeben. Nach dem augenblicklichen Stand der Arbeiten zu urteilen, ist mit der Hebung für heute vormittag zu rechnen.

**Das „Niobe“-Wrack in Kiel**

Kiel, 16. August.

Die Offiszation der Reichsmarine teilt mit: „Der Bergungsdampfer „Simon“ mit dem Wrack befindlichen Schiffskörper der „Niobe“ ist in den Hafen eingelassen. Die Aufreicherung und Hebung für die Bergung der Leuten werden noch etwa drei Tage benötigt werden. Der Bergungsplatz wird aus Sicherheitsgründen gesperrt. Der Zeitpunkt der Befreiung der Schiffsteile steht noch nicht fest.“

**Der Blutsonntag in Ohlau**

Die Verhandlungen vor dem Sondergericht.

Brieg, 16. August.

Vor dem Sondergericht Brieg begann der auf acht Tage berechnete politische Prozeß gegen den Reichsbannerführer Durnd und Genossen. Im Hintergrund stehen die blutigen Straßenkämpfe am Sonntag, den 10. Juli, in Ohlau, bei denen zwei SA-Leute getötet und über 30 Personen, zum Teil schwer, verletzt wurden.

Von den 45 Angeklagten, die in der Hauptphase aus Ohlau, Wüstrow, die drei Kommunisten, während den übrigen dem Reichsbanner beim, der Eisernen Front angehören. Alle Angeklagten werden des Landesfriedensbruchs beschuldigt. Weiter wird Anklage erhoben gegen sieben Beihilger wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, gegen fünf wegen Verkehrsverstoßes und schließlich gegen zwei Personen wegen unbefugten Waffentragens.

Als erster schied der Hauptangeklagte, Eisenbahnarbeiter Durnd, der Kreisleiter des Reichsbanners Ohlau, ausschließlich die Verantwortlichkeit des Reichsbanners am fraglichen Sonntag. Begleitpunkt war das Total „Zum Walfisch“ in Ohlau, in dem Durnd etwa 80 Reichsbannerleute zusammengejagt hatte.

Nach der Anklage wirkte sich gerade diese Zusammenziehung der Reichsbannerleute (später lo verhängnisvoll aus Durnd begründete sein Verhalten damit, daß er der Ansicht war, die Ausgänge der Stadt Ohlau wären von Nationalsozialisten besetzt und die SA beherrschte die Straße. Bei den

darmerierenden Nachrichten aus der Oberstraße habe er etwa 40 Leute zum Schutze der linksorganisierten eingeleitet. Es folgten die Zusammenkünfte an dem nationalsozialistischen Treder und in der August-Geiß-Strasse, wobei mehrere Nationalsozialisten durch Schläge mit Maulknäulen verletzt wurden. Der Zeuge gibt schließlich zu, daß seine Leute mit Maulknäulen auf die SA-Leute eingeschlagen haben. Die Polizei sei durch das Reichsbanner meher bedroht noch beschossen worden.

Als weiterer laßt der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Struß, der Ohlauer Kreisamtsmitglied ist aus. Argensine Rabelsführerschaft, wie sie die Anklage behauptet, lehnt er entschieden ab.

Der Arbeiter Karl Blesch, der Ortsgruppenführer des Ohlauer Reichsbanners, gibt an, den Brand des Kreises Ohlau aufgefordert zu haben, den nationalsozialistischen Durchmarsch nicht zu genehmigen, weil das Reichsbanner sonst zur Selbsthilfe schreiten würde. Das Wort Selbsthilfe erklärt er dahin, daß in diesem Falle trotz Verbot auch das Reichsbanner einen Einsatz in Ohlau beantragen würde. Blesch gibt zu, bei den Schlägereien aktiv beteiligt gewesen zu sein, doch will er in Notwehr gehandelt haben. Der Arbeiter Karl Vanin, Landbourmair des Reichsbanners, will bei keiner Prügelei beteiligt gewesen sein. Dagegen habe ihn ohne Anlaß ein SA-Mann mit einem Schlagring ins Gesicht geschlagen. Auch die weiteren Angeklagten geben an, nur passiv beteiligt gewesen zu sein.

Vorklänger: „Wenn mir dann bloß einer lachen könnte, mer in der Welt den SA-Mann Komieff nicht begreifen, die Leute in die Ohle geworfen und andere Leute verprügelt und beschossen hat.“

Der Arbeiter Herbert Bann hat das Reichsbanner alarmiert und gehört, wie die Leute Maulknäulen abrufen. Der Richter Georg Fische r hörte, wie Durnd im „Walfisch“ die Frauen nach Hause schickte und die Männer zurückbehielt. Weiter will er beobachtet haben, wie fünf bis sechs Reichsbannerleute auf Nationalsozialisten einschlugen. Die Polizei sei durch den Ausmarsch stehen zum Polizeiprotokoll wie auch zu den Angaben der anderen Angeklagten in offener Weise widersprochen.

Brieg, 17. August

Die Beweisaufnahme am zweiten Verhandlungstag wurde mit der Vernehmung des Ohlauer Bürgermeisters Haunisch eröffnet. Er sei von der Mitteilung über Zusammenkünfte in der Stadt höchst überrascht gewesen. Auf der Straße habe er den Ohlauer Ortsgruppenführer des Reichsbanners, Blesch, getroffen, den er aufgefordert habe, seine Leute zurückzuziehen, wenn er sich nicht eines schweren Unvorsichtsbrechens schuldig machen wollte. Die Volkspolizei wagen mit SA- und SS-Leuten, die aus Brieg nach Ohlau unterwegs gewesen seien, habe er nicht mehr aufhalten können. Im Anschluß an diese Aussagen hielt Reichsbanner Dr. Braun dem Zeugen vor, daß in Kreisen der Angeklagten gegen ihn ein Mißtrauen insofern bestanden, als man annehme, er habe die polizeilichen Maßnahmen absichtlich hinausgezögert und später geäußert, er habe genug Material für ein Reichsbannererbst zu sammeln. Bürgermeister Haunisch teilte seine volle Zustimmung aus, daß es in ähnlichem Sinne entschieden in Wüstrow. Demnach habe er in Kenntnis, daß es bereits auf der Reichsbannerkundgebung in Lausitzig zu streben gegen die Nationalsozialisten gekommen sei. An der Volkshäuser in Ohlau seien etwa 150 Personen der Aufforderung, die Straße zu räumen, nicht nachgekommen. Als die Beamten gegen das Reichsbanner vorgegangen seien, seien aus der Menge heraus gegen die Polizei 10 bis 15 Schüsse abgegeben worden. Im Stadtbau sei aus den Häusern heraus auf Nationalsozialisten geschossen worden. — Polizeihauptwachmeister Biliowski lag aus, er habe als einziger Beamter im Rathaus nicht verhindern können, daß SA- und SS-Leute von Reichsbannerleuten mit Steinen und Maulknäulen überfallen und niedergedrückt worden seien. Die Beweisaufnahme bis zur Mittagspause brachte in der Hauptphase die Vernehmung von Blesch, unter ihnen des Oberlandjägersmeisteren Rahmel aus Ohlau. Dieser behauptete, als er von einer privaten Fahrt zurückkehrte, in der Stadt etwa 100 Reichsbannerleute, die mit Vatten bedeckt waren und ihm zuriefen: „Straße frei für die Eisernen Front!“ Die Menge nahm gegen ihn eine drohende Haltung ein, so daß er in einem Galopp flüchten mußte. Auch ein anderer Oberlandjägersäger lag in ähnlichem Sinne wie der Oberlandjägersmeister aus.

**Das erste Sondergerichtsurteil.**

Vom Breslauer Sondergericht wurde das erstemal seit dem Bestehen dieser Sondergerichte ein Urteil verurteilt. Wegen einer schweren Schlägerei mit Nationalsozialisten am

den Ansehen, als hätte er irgend welche Gefühle für sie. Es wäre es ihm tatsächlich nicht recht, das ein anderer, und ist es auch der eigene Sohn, diese ganze Blume pflichtete. Aber war das nicht egoistisch? Hatte er sich denn schon viel mit ihrer Seele beschäftigt? Er müßte sich gefeßen: n e i r. Und schließlich dieses Gefühl für sie. Sonderbar! Wirklich sehr merkwürdig! Es fiel ihm ein, daß er sie wohl manchmal kurz und herzlich behandelt hatte, daß sie keine Ausnahme ertrag, stets alles verstand, was er wollte, ihm seine Wünsche von der Stirn las, immer geistig ihm nachging und ihn anregte, ja — ihn sogar anfeuerte, wenn er tumbgefällig, für kurze Zeit rasen, glänzende Engagements ablehnen wollte. — Sie hatte dann eine entzückende Mischung von energielieferndem Sorgen und einer tiefen mitleidigen Sehnen vor dem Manne, der ihr doch in diesem überlegen war. Er begriff auf einmal, daß ein Jüngling wie Wolf dieses im doppelten Sinne ungeschminkte Mädchen lieber magte. — Möglichst ergriff sie in einem hauchdünnen, süßen Sommerleide, trübsinnig, schlant und dieglam wie eine Gerte. Sie lag ihm noch nicht, die war umringt von den beiden Hunden, die wilden Bestien ähnlich, ähnlich an ihr hochspringen, kraus machen und sie mit ihren Liebesbetörungen fast unerschütterlich gegen die kurzer Wiff aus Stefans Mund, und sofort rasen die Schärferleude gehoriam zu ihrem Herrn. Da wurde „Greta“ aufmerksam und blickte in die betreffende Richtung. Nur erhob sich der Schaulpieler von der Bank und kam grüßend nah.

Sie ging ihm entgegen. „Werden Sie von meines Hundem immer so gutmütig empfangen?“ fragte er sie mit seinem beherdenden Nabeln Aber da lag er in ihre Augen. Eigentlich erst richtig zum — ersten Mal. Sie blinnten nicht, trug und sah ganz natürlich. Unwillkürlich nahm er ihre Hand, die so klein und schmählich war, und beschief sie lange in der linken.

Dann lagen sie unter dem schimmernden, wogenden Rokkantenbaum. Röstliche Ruhe umgab sie. Und doch rief es an ihren Nerven. (Fortsetzung folgt.)

**Der Aberglaube des Stefan Kampen**

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wolf schaut ihm mit heißen Augen nach. „Bater, du achst nicht, wie abgöttisch ich Greta liebe! Aber ich habe eine mir selbst unerklärliche Scheu, sie persönlich um ihre Hand zu bitten. Darum stehe ich dich noch einmal an, tu es, bitte; bitte für mich!“

Wie erregt Wolfs junge Stimme ist! Es scheint ihm tatsächlich ernst damit zu sein, denn der Schaulpieler. Aber das ist ja eigentlich ganz tragisch. Das geht doch nicht so ohne weiteres. Er ist noch jung, und sie war älter als er. Oder sollten diese drei Vährigen Unterchied keine Rolle spielen? Gedrie nicht tatsächlich Jugend zu Jugend? Er wendet sich rasch und meint forschend: „Weißt du auch wirklich, das Greta dich liebt?“

Wolf kratzt, während in seinen tiefbraunen Augen, die schwarz schimmernden, wie die seiner toten Mutter, warmer Freubenglanz leuchtet: „Ja, o ja, sie liebt mich, ich weiß es! Sie hat es mir nicht mit Worten gesagt, aber ihre süßen Augen haben gesprochen! Und ihr bezugs, entgegenkommendes Wesen ist mir Beweis genug!“ Stefan ist auf einmal nachdenklich geworden. Das hatte er nicht vermutet! Wolf hatte er geliebt, daß Wolf in das süßliche, liebste Mädchen bis über beide Ohren verliebt war. Aber an allem Frauentum und verdorbenem Dichtung war es ihm Selbsterkenntlichkeit, daß auch eine Greta Fort ihr Interesse voll und ganz auf ihn selbst konzentrierte. Und nun sollte es anders sein? Gut, wenn es sich so verhielt, wie Wolf gesagt hat, so wollte er nicht dagegen haben. Schließlich war ja sein Sohn großjährig. Dennoch beschlich ihn plötzlich ein londerbares Gefühl der Eifersucht. Müdig, beherdigt, aber doch mit gespanntem Mutein blickte er in das gerötete Gesicht seines Kindes. „Und ich laße dir noch einmal mitteilen ohne Greta nicht sein! Wenn sie nicht mein wird, nehme ich mir das Leben!“ bricht es leidenschaftlich aus Wolf hervor.



**Wernigerode.** Der von den Nationalsozialisten und der Stadtverwaltung im Stadtparlament gefällte Antrag auf Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen den Ersten Bürgermeister Dr. Oepel ist von der Regierung abgelehnt worden, da die vorgeschriebene Frist nicht ans-reichend seien. Die gegen den Bürgermeister erhobenen Vorwürfe stehen in Zusammenhang mit der Kostenüber-schreitung beim Bau der Regelhalle und dem Kleinfüh-wungsbaue. Die Fraktionen erwägen nunmehr die Frage eines privatrechtlichen Vorgehens gegen Dr. Oepel.

**Galbe.** Ein Großfeuer vernichtete die Scheune des Landwirts Schwarz mit der gesamten Ernte. Auch das Federvieh und zwei Schweine sind verbrannt. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich die Wehren aus Stäuf-furt, Galbe, Wernburg und anderen Orten. Bei den Lös-charbeiten die sich sehr schwierig gestalteten, da das Wasser aus der einen Kilometer entfernten gelegenen Saale ge-pumpt werden mußte, erlitten zwei Feuerwehrleute Rauch-bergiftungen.

**Zwei Landarbeiterinnen vom Bliz getötet.**

**Wanzleben.** Ueber Klein-Wanzleben ging ein schweres Unwetter nieder. Ein Blizschlag in eine Gruppe Feld-arbeiter. Eine weibliche Lohnarbeiterin wurde getötet, die übrigen Leute fielen bedäuf zu Boden, ohne jedoch weiteren Schaden zu erleiden. Ein anderer Blizschlag setzte einen Strohhalm in Brand. Der Gewitterregen löschte aber das Feuer. In Wanzleben selbst wurde ebenfalls ein Landarbeiter auf dem Felde vom Bliz getroffen und auf der Stelle getötet, andere Arbeiterinnen erlitten schwere Brandwunden.

**Refordunst führt zum Tode.**

**Neuhaldensleben.** Dem 21jährigen Sohn des Haupt-manns Bennenwig, der sich an einem Schuffest in Eisleben beteiligte, wurde beim Stredentauchen vermutlich durch Ueberanstrengung die Lunge zerrißen. Bennenwig starb nach am gleichen Abend im Neuhaldenslebener Kran-kenhaus.

**Kommunisten und Sozialdemokraten nicht befähigt.**

**Schönebeck-Ad Calsleben.** Der Regierungspräsi-dent hat die unbedenklichen Magistratsmitglieder von Schö-nebeck-Ad Calsleben befähigt mit Ausnahme des Kom-munisten Kollner und des sozialdemokratischen Disberger Stadtrats Kreffe. Gegen Kreffe ist ein Verbot in der Schwere wegen Beleidigung des nationalsozialistischen Stadtdirektors Wulker. Der Magistrat nahm hiervon Kenntnis und faßte einstimmig den Beschluß, den Re-gierungspräsidenten zu bitten, trotzdem Stadtrat Kreffe zu befähigen.

**Gerbsdorf (Kr. Delitzsch).** Der 13jährige Schüler Meier ist bei der Erntearbeit tödlich verunglückt. Als er im Auftrage eines Gutbesizers einen leeren Ernte-wagen aufs Feld fahren wollte, scheiterte die Pferde und gingen durch. Der Sattel vom Wagen und geriet unter die Räder, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

**Jördis (Kr. Wittenfeld).** Das Haus des Landarbeit-ers Sch. wurde von einem Brand heimgesucht, der den Dachstuhl in Asche legte. Außer großen Strohh und Ge-treidevorräten verbrannten Wäsche und Gebirgswaren. Das Feuer war dadurch entbunden, daß der kleine Sohn des Besitzers auf dem Strohhalm mit einer Dampfmaschine spielte, wobei das Strohh Feuer fing.

**Diemitz.** Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Per-sonenstrafwagen auf der Chaussee Diemitz-Hohenturm wurde der Führer des einen Autos, ein Berliner, so schwer verletzt, daß er in der hälligen Unterfertigkeitsklinik starb.

**Wenn man den Gemeindevorsteher bedroht.**

**Spergau (Kr. Merseburg).** Einem Arbeitslosen wa-ren von seiner Unterfertigung drei Mark einbehalten wor-den, weil er einen Tag Pflichtarbeit verläumt hatte. Der Arbeitslose verlangte darauf vom Gemeindevorsteher unter Drohung die Zahlung des einbehaltenen Betrags. Er wurde vom Gericht wegen verachteter rüuberischer Erprei-ung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, jedoch unter Zustimmung einer dreijährigen Bewährungsfrist.

**Delitzsch.** Gefährliche Getreidebede. Drei Einwohner aus Holzwicklig drangen in den Mittags-stunden in das Gehöft eines Landwirts in Bauptisch ein und schleppten zwei verfanterliche Säcke mit Getreide in ein hinter dem Gehöft befindliches Gehöft. Beim Ho-len eines dritten Sacks wurde die Diebe überrascht und verfolgt. Einer der Täter schoß auf die Verfolger, ohne jedoch zu treffen.

**Geiffert wird ausgeliefert.**

**Deffau.** Wie aus Prag verlautet, wird dem Antrag des Staatsministeriums, den in Prag festgenommenen ehemaligen Reichsdirektor Geiffert nach Deutschland auszu-liefern, entsprochen werden. Geiffert hat sich befähigt wegen Meinesdes zu verantworten.

**Schwerer Verletzungsfall durch Fahrlässigkeit.**

**Gülden.** Auf der Straße nach Wügersleben stürzten an einer hohen gepflasterten, mit Kies bedeckten Stelle zwei Motorräder schwer. Eine Dame aus Wügelms-hagen mußte in bewußtlosen Zustand, mit einer schweren Kopfwunde und einer Gehirnerkältung ins Kranken-haus gebracht werden. Schuld an dem Unfall war, daß die Pfahlerstelle nicht ordnungsgemäß durch Fährchen oder Tafeln gekennzeichnet war.

**Die Raube der „Vertriebenen“.**

**Halberstadt.** Auf dem Ufergrundstück von Hans Wen-tel in Wehrstedt bei Halberstadt wurde eine ehrenfuchende Frau von dem Besitzer vom Feld gemieien. Als sie zu Hause ihrem Ehemann von dem Vorkommnis erzählte, machte er sich mit drei Männern auf den Weg, um Wentel zur Rede zu stellen. Unterwegs trafen sie den Bruder des Besitzers mit einem Fuhrwerk, den sie für den Gejandten hielten. Sie überfielen und mißhandelten ihn in brutaler Weise. Mit einem Lungenstich und zwei Kopf-verletzungen mußte er in bewußtlosen Zustand ins Hal-berstädter Krankenhaus übergeführt werden. Einer der Täter konnte bereits festgehalten werden.

**„Do. X“ im Hamburger Hafen.** Im Bürgermeisterberaal des Hamburger Rathauses fand der offizielle Empfang der „Do. X“-Belagung durch den Senat statt. Bürgermeister Roh hieß den Kommandanten, Kapitän Christensen, und seine Leute nochmals in Hamburg willkommen und sprach anerkennende Worte über die Leistungen des Schiffes und seiner Besatzung aus. Kapitän Christensen dankte im Na-men der „Do. X“-Besatzung für den herzlichsten Empfang. Anschließend fand ein gefälliges Beisammensein im Kaiser-saal statt. Auf Witten des Senats trug sich Kapitän Chri-stensen in das Goldenen Buch der Stadt Hamburg ein, und zwar auf demselben Blatt, das bereits die Namen der deut-schen Ozeanflieger trägt.

**Gülden.** Das Reichswahlfahrtsamt Wernburg hatte den Magistrat ersucht, die Pflichtarbeit für Unterfertigungs-empänger einzuführen und die Unterfertigung nur bei Leistung dieser Arbeit zu zahlen. Die Gemeindevorsteher lehnten die Einführung der Pflichtarbeit nach längerer Aussprache ab. Auch der Etat für 1932, der mit einem Fehlbetrag von nahezu 100.000 Mark abgesehen, wurde abgelehnt.

**Herbstarbeit des Landwirts.**

Mehr als in früheren Jahren ist Aufwands infolge Mangels an Düngemitteln die Ernährung der Bevölkerung aus Erzeugnissen der eigenen Scholle angewiesen. Das bedeutet für die heimische Landwirtschaft eine Verbelierung der Möglichkeiten für die eigene Erzeugung, da die Lebensmittelerzeugung und daher billiger erzeugten Produkten der ausländischen Landwirtschaft in Zukunft unmöglich ist. Aus diesem Grunde kann und muß der deutsche Landwirt in seinem eigenen Interesse alle Maßnahmen treffen, die ihm die Gewähr für große und qualitativ hochwertige Ernte-erträge im nächsten Jahre bieten. Eine dieser Maßnahmen ist die rechtzeitige Verfertigung der Winterernte im Herbst mit den Hauptnährstoffen Phosphorsäure, Kali, Kalk und vor allem Stick-stoff. Verzicht auf die Düngung der Winterernte auf das Frühjahr, so kann auf den besten, schon abzunehmenden Nährstoff der Verfertigung der jungen Pflanzen mit diesen für ihren Aufbau notwendigen Nährstoffen nicht rechtzeitig erfolgen, so daß eine harmonische Entwicklung der Kulturen in Frage gestellt sein kann. Von den Stickstoffdüngemitteln verwendet man zur Herbstdüngung der Winterernte amschmelzbar Kalkstickstoff, da dieser der Aus-waschung nicht unterliegt und gleichzeitig beträchtliche Mengen kalkwirksamen Kaltes enthält. Bringt man doch mit 100 kg Kalkstickstoff eine Kalkmenge in den Boden, die der Wirkung 100 bis 120 kg Braunkalk entspricht. Die Wirkung des im Herbst zu erhaltenden Kalkstickstoffs setzt sich in einer guten Saatereife der jungen Pflanzen, so daß Auswinterungschäden, sowie die Nach-teile der in verbleibenden Gegenden eintretenden Dürrperiode im Frühjahr weitgehend ausschaltet werden. Außerdem vermindert sich im Herbst der Kalkstickstoff infolge seiner langsamen und nachhaltigen Wirkung die Vagelgröße und erhöht die Qualität der erzeugten Ernte. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß der Kalkstickstoff die Samen vieler lästiger Unkräuter des Wintergetreides in ihrer Keimfähigkeit schädigt, so daß die Un-kräuter, die im Herbst eine Keimfähigkeit erlangt haben, in der Regel viel weniger Ankrant aufwachsen als die nicht mit Kalkstickstoff versehenen Schläge. Der deutsche Landwirt, der heute mit einem Vermitteln rechnen muß, sollte sich die Vorteile der Herbstdüngung mit Kalkstickstoff stets vor Augen halten. Er dürfte dann sicher seinem Wintergetreide ein mögliches einen Teil der Sicher-stellung im Herbst in Form von Kalkstickstoff verorbolen, einmal dieses Düngemittel im Herbst bedeutend billiger als im Frühjahr zu bestehen ist. **W. P. Landmann, Wernburg**

**Wirtschaftlicher Vorkundbericht.**

mitgeteilt von der Wirtschaftlichen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.  
Nach dem Reichsbankausweis vom 30. Juli ds. Js. hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 350 Mill. RM auf 3744,4 Mill. RM erhöht. Der Umlauf an Reichsbanknoten ver-mehrte sich um 244,9 Mill. RM auf 3966,9 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold und dringensfähige Devisen betrug am 30. Juli 22,5%, gegen 24% in der Vormonatsperiode. Nach dem letzten Vorkundbericht des Statistisches für den Jahres-bericht treten in der allgemeinen Wirtschaftslage der Welt einige günstige Symptome neuerdings stärker in den Vordergrund. Wenn auch das Umlauf- und Produktionsvolumen bis in die jüngste Zeit hinunter gesunken ist, so glaubt man doch, wiezwecks ein Abflingen der Wirtschaftlichen Konjunkturlage beobachtet zu können, von der die Herbst- und Winterernte allgemein erfüllt waren.  
Die auf den 31. August 1932 berechnete Groß-handelsbilanz des Statistisches Reichsamtes betrug 96,6 gegen-über 95,8 der Vormonatsperiode. Im Monatsdurchschnitt Juli stellte sich die Großhandelsbilanz auf 94,9.

**Sammeltassen**  
Reiche Auswahl — Schöne Muster — Billige Preise  
bei  
**Richard Arnold, Kemberg**  
Leipziger Strasse und Markt  
Prima frisches  
**Rind- und Hammelfleisch**  
empfehlen  
Ernst Bachmann  
Morgen Donnerstag  
früh 7 Uhr  
**Speckfuchen**  
Bäckerei Mattheß

**4 Wochen kostenlos**  
lernen wir Ihnen gegen Einsendung des anhängenden Gutscheines die „Wirtschaftlichen Kurzbrieft.“  
Was die WK sind?  
Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftskunde!  
Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der gesuchtesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!  
Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Spezialaus-kräften an ihre Abonnenten erteilt!  
Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung die verschiedenartigsten Nachschlagearten bietet.  
Mehr als 46000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es wird bestimmt Ihr Vorteil sein. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!  
**Gutschein!** Rudolf LORENTZ Verlag  
Charlottenburg 9  
Kaiserdamm 38  
Liefen Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos u. unverbindlich

Von der  
**Lehrmeister-Bücherei**  
haben wir vorrätig:  
Wie beschäftige ich mein Kind?  
Eßt ihr Gemüse.  
Die Konditorei im Hause.  
Getränke und Erfrischungen.  
Anleitung zur Hauswirtscherei.  
Arbeiten aus Seidenresten.  
Rundfunk-Experimentierbuch.  
Selbsterstellung wirklicher Flug-modelle.  
Einführung in das Stizieren.  
Nicht am Lager befindliche Bücher werden schnellstens zu Original-preisen besorgt.  
**Richard Arnold, Buchhandlg.**

**Apfel und Birnen**  
kauft  
**Hermann Dost, Weinbergstraße**

**Sport-Berein Rot-Weiß**  
Donnerstag, den 18. August, abends 7/9 Uhr  
**Monats-Berammlung**  
Anschließend  
**Spiele-Sitzung**  
Der Vorstand  
**Hotel Palmbaum**  
Sonntag, den 21. August  
**Ernte-Fest**

**Mit Glas schreiben**  
heisst leicht schreiben  
schnell schreiben  
und mit Tinte durchschreiben  
Diese Vorteile bietet Ihnen der **HARO**  
1 Jahr Garantie Preis 3,- u. 3,50 Mark  
Füllhalter mit der auswechselbaren Original-HARO-Glasfeder mit der blauen Kugel  
Mit der massiven, fein polierten Glasfeder schreiben Sie ohne Spinnen weiß u. fließ wie mit Blei. Sie schreiben aber mit Tinte. Die Glasfeder können Sie selbst leicht auswechseln. Die Original-HARO-Glasfeder, für jede Handschrift passend, (fein, mittel, stumpf) kostet 30 Pf.  
Machen Sie bitte eine überausnützliche Schreibprobe!

zu haben bei **Richard Arnold, Leipziger Straße u. Markt**  
**Küchenkanten** empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silberhochzeit danken herzlichst  
**Alb. Hamann und Frau**  
Kemberg, den 17. August 1932.

**Kostenantrag-Formulare** empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold.**  
Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 308

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliches Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,75 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile Petitzelle oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile Kleinzeile 10 Pfg., Ausnahmestellen 20 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— M. das Ausland, zuzüglich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 97

Donnerstag, den 18. August 1932

34. Jahrg.

## Export stärkt den Binnenmarkt

Das Schlagwort von der Bedeutung des Binnenmarktes beherrscht in letzter Zeit bestimmend jede handelspolitische Debatte. In Zeitungen oder Schattierungen, in den Reden der Politiker und Wirtschaftler, auf Tagungen und in Rundgebungen, immer wieder hört man in mehr oder minder abgewandelter Form den Satz: Nur durch die Wiederaufrichtung und sorgsame Pflege des Binnenmarktes kann langfristig aber sicher eine durchgreifende Gesundung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden.

Gewiß, die Wiederaufrichtung des deutschen Binnenmarktes ist ein erhaltenswertes Ziel, Industrie und Landwirtschaft sind sich in ihm einig, und die gegenwärtigen Leiter der deutschen Handelspolitik werden immer wieder, daß sie alles tun werden, um es zu erreichen.

Aber schon die nächste Frage: Wie ist die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes zu erreichen? bildet den Anlaß zu mancherlei Streitigkeiten und hat eine Reihe von tiefen Gegenfragen entstehen lassen, die zu überbrücken nicht zu leicht sein werden. Welche dieser Fragen sind nun die wichtigsten und einseitigen Interessen an die Lösung dieser Frage herangehen. Denn mit der praktischen Anwendung des schönen Wortes „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, ist es in diesem Falle nicht getan, man muß sich schon auf den einen Weg einigen, der für beide, Industrie und Landwirtschaft, gangbar ist. Er dürfte nicht schwer zu finden sein, die von dietantischen und vermeintlichen Handelspolitikern angeduldeten Schwierigkeiten sind in Wirklichkeit leicht überwindlich. Wie immer liegt er in der Mitte, Abwägung muß der gute Wille zur Verständigung vorhanden sein. Wenn auf beiden Seiten etwas nachgegeben wird, kann und muß das Ziel erreicht werden.

Wesentlich für die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes ist die Sanierung der Landwirtschaft. Sie leidet seit langem an einer schweren Schuldenlast und unzulängliche Preise ließen ihre Produktion schon vor Jahren unrentabel werden. Die unter der Regierung Brüning durchgeführten Zollerhöhungen und anderen politischen Maßnahmen sind nur zum geringen Teil wirksam gewesen und haben einer weiteren Verschlechterung der landwirtschaftlichen Lage nicht Einhalt gebieten können. Seit langem ruft die Landwirtschaft nach neuen Zollerhöhungen und nach Einfuhrkontingenten, die ihre Produktion wieder einigermaßen rentabel gestalten sollen.

Aber mit Zollerhöhungen und Kontingenten ist es allein nicht getan, es kommt noch ein anderer, sehr wesentlicher Faktor hinzu, der meistens übersehen wird: die Kaufkraft der Industriearbeiter. Was helfen alle Zollerhöhungen und Kontingenterhöhungen, wenn die deutsche Bevölkerung nicht in der Lage ist, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einem Preise zu kaufen, der der Landwirtschaft auch nur den beizulegenden Nutzen läßt? Die preissteigende und preisverhörende Wirkung der Agrarzölle und Kontingente hat bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ihre Grenze erreicht, wozu auch die in den letzten Jahren zunehmende Annäherung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion an die Selbstversorgung nicht unwesentlich beigetragen hat. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gelagt werden. Es müssen ja auch in Wirklichkeit der Landwirtschaft die höchsten Preise nicht, wenn die Mehrheit des Volkes nicht mehr in der Lage ist, sie zu bezahlen.

Diese Entwicklung schafft für die deutsche Handelspolitik eine neue Situation, die zu einer starken Vorrichtung in der Anwendung der von landwirtschaftlicher Seite geforderten handelspolitischen Maßnahmen zwingt. Die volumetrische Butterzollregelung und die überraschende Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden haben gezeigt, welche nachteiligen Folgen diese Maßnahmen für den deutschen Export gehabt haben. Wie in einem Kreislauf wirken sie letzten Endes wieder auf die Landwirtschaft zurück, da Einfuhr und Ausfuhr weitgehend gegenseitig bedingt sind. Es ist ein natürlicher Vorgang, daß Einfuhrbeschränkungen den ausländischen Importeuren vorteilhaft und ihn veranlassen, seine Waren in Zukunft aus einem Lande zu beziehen, das auf seine handelsinteressen mehr Rücksicht nimmt. Exportrückgang aber bedeutet neue Arbeitslosigkeit, neue Schrumpfung des Binnenmarktes, neuer Abwärtsrückgang der Landwirtschaft. Noch 3,3 Millionen Menschen beschäftigt die Exportindustrie, rund 10 Millionen ernährt und über 750 000 Arbeitslose erhält sie durch die Beiträge der durch sie Beschäftigten. Diese Zahlen mahnen eindringlich zu einer ausgiebigen Handelspolitik, die es versteht, ohne einseitige Bevorzugung einer einzelnen Produktionsgruppe, die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie auf einander abzustimmen und beide in erprobtester Zusammenarbeit dem Binnenmarkt dienlich zu machen.

## Weitere Exportminderung

Rückgang des Ausfuhrüberschusses auf 66 Millionen RM. Berlin, 17. August.

Nach dem Ausweis über den deutschen Außenhandel im Juli ist der Ausfuhrüberschuß von 79 Millionen RM auf 66 Millionen RM zurückgegangen.

Im Vormonat betrug der Ueberüberschuß einschließlich der Reparationszahlleistungen 10 Millionen RM. Dies kamen aber jetzt nach Abschluß des Kaufmännischen Vertrages nicht mehr in Frage. Die Einfuhr stieg von 364 Millionen RM auf 366 Millionen RM. Einer Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen um 3 Millionen RM und von Lebensmitteln um etwa 4 Millionen RM steht ein Rückgang der Fertigwareneinfuhr um 1,5 Millionen RM gegenüber. Der Menge nach hat aber auch die Fertigwareneinfuhr leicht zugenommen. Die Ausfuhr verminderte sich um 22 Millionen von 454 auf 432 Millionen RM. Der Rückgang entfällt im wesentlichen auf den Warenabfluß nach der UdSSR, der starken Schwankungen unterliegt. Im übrigen steht einer Zunahme der Ausfuhr nach Großbritannien ein Rückgang im gleichen Umfang bei der Ausfuhr nach Frankreich gegenüber. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt allein auf die Fertigwarenausfuhr. Einen wesentlichen Minderabfluß haben erlitten nicht-elektrische Maschinen, davon insbesondere Werkzeugmaschinen, sowie Eisenabfälle.

## Warum Hitler ablehnte

Eine nationalsozialistische Parteierklärung über das Scheitern der Berliner Verhandlungen.

München, 16. August.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht unter der Ueberschrift „Hitlers Nein!“ grundsätzliche Betrachtungen, in denen es heißt: Hitlers Ablehnung der Bizekanzlerpolitik unter der Herrschaft von Papens war eine Tat! Der durchsichtige Verzicht, die NSDAP durch einen wohlüberlegten Schritt, durch eine Belassung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit, gewissermaßen auf kaltem Wege zu erledigen ist an dem klaren und westlichen Gedankengang des Führers selbst gescheitert. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die Verneinung der Armen auf schwerer belastende und für die NSDAP untragbare Notverordnung, kann niemals die Politik der NSDAP sein.

Eine Regierung, in der die NSDAP nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können.

Wir wollen keine Politik der Zögerrigkeit und halben Maßnahmen, wir wollen eine Politik der Kühnheit und Tat, die heute allein das deutsche Volk retten kann! Eine solche nationalsozialistische Politik aber, die auftritt mit dem ganzen verstaubten Pundst der bisherigen Systems und eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nimmt, kann nicht von Beuten geführt werden, die die Zeichen der Zeit auch heute noch nicht verstanden haben, sondern nur von Nationalsozialisten. Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden und dem nunmehr auch die Staatspolitik Rechnung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert.

Von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung ist seitens der NSDAP nicht die Rede gewesen. Aber was über allem politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zugebilligt, wird der NSDAP unter den fabelhaftesten Bedingungen verweigert. Darauf konnte es für den Führer

gierung von Papen nach den Absätzen zu interpretieren, und nur dieses Verprechen nicht gehalten ist. Umwar, eben! Umwar ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Uebergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfange gefordert.

## „Sib nicht nach! Bleibe hart!“

Hitler über die Regierungsverhandlungen.

München, 17. August

Adolf Hitler gewährte einem Vertreter der „Ameisich-Wesfälischen Zeitung“ eine Unterredung, in der er sich zu einigen die Berliner Regierungsverhandlungen betreffenden Fragen äußerte. Er erklärte, er betrachte die Vereingung des Reichspräsidenten in den Gang einer Regierungsumbildung als eine Uebertragung der Verantwortlichkeit von den Schultern des Reichspräsidenten auf die Schultern des Reichspräsidenten. Im übrigen ist er nicht auf seinen Wunsch nach Berlin gefahren, sondern geblieben.

Er habe erklärt, daß in seinen Augen die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsumbildung selbstverständlich der Reichsfinanzler von Papen zu tragen habe, daß infolgedessen ein Besuch bei Hindenburg für ihn nicht in Frage kommen könne und daß er nur dann bereit sei, dem Reichspräsidenten einen Besuch abzustatten, wenn dieser auch seinen entgegengesetzten Besuch gefahrt habe, sondern zunächst nur die verschiedenen Auffassungen kennenlernen wolle. Es ist dies aber, wie sich herausstellen sollte, nicht der Fall gewesen. Der Besuch des Reichspräsidenten habe bereits vorgelegen. Der Reichspräsident selbst erklärte dann ebenfalls, daß ein Entschluß bereits festliege.

Auf eine Frage des Pressevertreters erklärte Hitler weiter: Es ist richtig, daß ich darauf versichert habe, dem Reichspräsidenten gegenüber meinen Standpunkt zu vertreten, da mir die loben geschriebene merkwürdige Art, mich zu dem Reichspräsidenten zu bewegen, sowie die an sich schon feststehende Entscheidung des Reichspräsidenten keine Veranlassung geben konnte, mich noch einmal der Argumente zu bedienen, die ich dem verantwortlichen politischen bereits vorgezogen hatte. Auf eine weitere Frage des Berichterstatters erklärte Hitler, daß er und seine Bewegung weiterkämpfen würden. Die Regierungstätigkeit der heutigen Reichsregierung werde seiner Ueberzeugung nach zum Chaos führen. Auf die Frage des Berichterstatters, ob es richtig ist, daß Hitler die schärfste Opposition der NSDAP gegen die Regierung Papen angekündigt hat, erwiderte Hitler:

Die nationalsozialistische Bewegung trete gegenüber der heutigen Reichsregierung in Opposition. Die Schärfe dieser Opposition werde bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entliehen würde.

Auf die Frage, ob Hitler nicht glaube, daß es besser gewesen wäre für die NSDAP, den Spieß in der Hand zu haben, hat die Taube auf dem Dach, erwiderte Hitler: Nein. Ich werde niemals für ein Vorgehen die Entscheidung verfallen. In grundsätzlichen Dingen nehme ich lieber jeden Kampf und jede Verfolgung an, als daß ich mir oder der Bewegung jemals unrein würde.

Der Berichterstatter fragte weiter, wie Hitler glaube, daß seine Entscheidung bei den Mitglidern der NSDAP angenommen wird. In der Antwort Hitlers heißt es: Die Mitglieder der Partei wissen, daß ich niemals unerträgliche Kompromisse für die Bewegung schließen würde. Sie wissen, daß ich jederzeit bereit bin, mein Leben für die Bewegung einzusetzen. Als ich dann nachts von Berlin wegfuhr, hand eine große Menschenmenge um meinen Wagen und schrie mir zu: Ich habe mir nur zwei Sätze gemerkt:

Sib nicht nach! Bleibe hart!

Der Berichterstatter fragte dann weiter, wie groß die Zahl der Terrorakte gegenüber den nationalsozialistischen Parteimitglidern sei. Hitler antwortete: Die Zahl der Terrorakte der marxistischen Parteien gegen unsere Bewegung geht nunmehr in viele Hundetaufende.

Die Zahl der Tote beträgt über 300, die Zahl der Verletzten betrug im vergangenen Jahre über 6000, in diesem Jahre aber in 7 1/2 Monaten bereits über 8200.

Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwauchen lassen dürfen die dumme Phrase von Ruhe und Ordnung. Durch dieses erbärmliche bürgerliche Geschwätz ist nicht einer meiner toten Kameraden lebendig geworden, nicht ein Krüppel wurde wieder gesund, nicht einem Verletzten wird dadurch geholfen. Die nationalsozialistische Bewegung hat legal bis auf das äußerste gekämpft.

Das Abschlagen aber nimmt bald ein Ende. Ich selbst werde mich gezwungen sehen, den Parteien eine Notwehrrecht zu besetzen, das die roten Tischen-Methoden aber dann wirklich schicksalhaft befehlen wird.

Auf die Frage, wie er sich den weiteren Weg seiner Partei denke, antwortet Hitler: Die Partei kämpft um die Macht, ihr Weg wird bestimmt durch die Methoden des Kampfes der Gegner.



Das Präparat der NSDAP, dem Hitler: „Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Verprechen abgeben, die Regierung von Papen nach den Absätzen zu interpretieren, und nur dieses Verprechen nicht gehalten ist. Umwar, eben! Umwar ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Uebergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfange gefordert.“